Greifenhagener Kreis-Zeitung

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Greifenhagen

Nr. 68. Sonnabend, den 14. Juni 1919. 75. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung. Die Herren **Gemeindevorsteher in Bartikow, Belkow, Binow, Brenkenhofswalde, Brünken, Buchholz, Buddenbrock, Dobberphul, Garden, Gebersdorf, Groß Schönfeld, Heinrichsdorf, Hökendorf, Jägersfelde, Jeseritz, Karolinenhorst, Kehrberg, Kladow, Clebow, Klein Möllen, Klein Schönfeld, Klein Zarnow, Kolbatz, Kolow, Kortenhagen, Kranzfelde, Kronheide, Kublank, Linde, Lindow, Marienthal, Moritzfelde, Mühlenbeck, Neuendorf, Neumark, Neuzarnow, Nipperwiese, Pakulent, Reckow, Roderbeck, Rosenfelde, Selchow, Seelow, Stresow, Sydowsaue, Thänsdorf, Wildenbruch, Wintersfelde, Woltersdorf und Woltin** erinnere ich hierdurch an baldige Einsendung einer **Abschrift des Feststellungsbeschlusses.** (Vergl. Bekanntmachung vom 1. 4. 1919 — Kreisblatt Nr. 40 —).

Greifenhagen, den 6. Juni 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses. Koehler.
Der Arbeiterrat Greifenhagen. J. A. Schreen.

Bekanntmachung. Der für den **Frühdrusch 1919** erforderliche Bedarf an **Kohlen** ist bis zum **20. Juni cr.** bei uns anzumelden.

Bei der Anmeldung sind folgende Angaben zu machen:

1. Zum Frühdrusch herangezogene Fläche in ha.
2. Voraussichtlicher Anfall an Frühdruschgetreide in Tonnen (1 Tonne = 20 Ztr.)
3. Zum Frühdrusch erforderliche Kohlenmenge in Tonnen (1 Tonne = 20 Ztr.)

Bis zum gleichen Tage ist der Bedarf an **Dampfpflugkohlen** zu melden.

Anzugeben ist:

1. Die zu pflügende Fläche in Morgen.
2. Die erforderliche Kohlenmenge (Normalsatz: 1 Ztr. Kohle für 1 Morgen)

Im Interesse der Allgemeinheit muß dringend gebeten werden, den Bedarf für **Drusch- und Pflugzwecke** nur auf das **unbedingt erforderliche Maß** zu beschränken und jede **Ueberforderung zu vermeiden.**

Greifenhagen, den 6. Juni 1919.

Der Landrat. Koehler.
Der Arbeiterrat Greifenhagen. J. A. Schreen.

Bekanntmachung. Der Bauerhofsbesitzer Richard Littmann in Woltersdorf ist als Steuererheber von mir bestätigt und in meinem Auftrage verpflichtet worden.

Greifenhagen, den 6. Juni 1919.

Der Landrat und Vorsitzende des Kreisausschusses.
Koehler.
Der Arbeiterrat Greifenhagen. J. A. Schreen.

Bekanntmachung. Unter dem Pferdebestande des Bauerhofsbesitzers W. Preuß in Pakulent ist die Räude amtstierärztlich festgestellt worden.

Dom Fiddichow, den 7. Juni 1919.

Der Amtsvorsteher. Grundmann.

Bekanntmachung. Nach der Bekanntmachung des Herrn Landrats hier vom 2. Juni ds. Js. — Krsbl. Nr. 66 — soll die Räumung der Thue in der hiesigen Feldmark, von der Vogelsanger Mühle bis zur Walkmühle in der Zeit **vom 7. bis** einschl. **9. Juli,** von der Wierower Mühle bis zur Vogelsanger Mühle, von der Walkmühle bis zur Einmündung in die Ostoder **am 7., 8. und 9. Juli ds. Js.** stattfinden. Es ergeht daher an alle räumungspflichtigen Anlieger der Thue die Aufforderung, während dieser Zeiträume eine ausreichende Räumung vor ihren Grundstücken vorzunehmen, widrigenfalls dies im Zwangswege auf Kosten der Besitzer ausgeführt wird.

Greifenhagen, den 12. Juni 1919.

Der Magistrat. Quandt.
Der Arbeiterrat Greifenhagen. J. A. Obermeyer

Stadtverordnetensitzung.

Am Dienstag, den 17. Juni 1919, abends 7 Uhr.

Tagesordnung:

1. Kenntnisnahme vom Ergebnis der Prüfung der Jahresrechnung der Stadtsparkasse für 1917 und Erteilung der Entlastung.
2. Erhöhung der Vergütung für Reinigung und Heizung der Diensträume an den Kastellan.
3. Erhöhung der Anweisegebühr des Wiesenwärters.
4. Uebernahme von 1/4 der Ueberteuerungskosten für die vom gemeinnützigen Bauverein zu errichtenden Wohnhäuser.
5. Herstellung eines Verbindungsweges zwischen der Stettiner und Mönchkapper Straße.

Greifenhagen. den 10. Juni 1919.

Dr. Sauerlandt. Stadtverordneten-Vorsteher.

Nichtamtlicher Teil.

In Sklavenketten der Entente.

Zu Zeiten der alten Römer machte der Sieger einen besiegten Gegner zum Sklaven. Ganze Völker wurden damals so in Sklaverei geschleppt, in der sie allmählich untergingen. Diese barbarische Ausnutzung des Sieges entsprach den Kulturanschauungen der damaligen Zeit. Die Sklaverei wurde inzwischen abgeschafft und **die persönliche Freiheit gilt heute als das höchste Gut des Menschen.**

Die Entente hat aber trotz aller in Jahrhunderten gemachten Fortschritte, trotz der allgemein anerkannten persönlichen Freiheit, trotz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, eine moderne Form der Sklaverei erfunden, die sich von der Sklaverei des Altertums nicht unterscheidet. Zwar wird nicht mehr jeder einzelne Deutsche an Händen und Füßen gefesselt, aber die Bedingungen des Friedensvertrages sind ebenso schwere Fesseln, in die das ganze Volk geschlagen werden soll.

Ist doch schon die Beschränkung, daß Deutschland nur 100 000 Mann Soldaten unter den Fahnen halten darf, **während alle andern Staaten unbeschränkt ihre gewaltigen Rüstungen aufrecht erhalten können,** ein ganz unerhörter Eingriff in unsere inneren Verhältnisse, der die schöne Idee der allgemeinen Abrüstung illusorisch macht; so wird diese militärische Freiheitsbeschränkung ganz unerträglich durch die weiteren diesbzgl. Bestimmungen des Friedensvertrages. Mit einer ziffermäßigen Beschränkung der Heeresstärke könnte man sich schließlich abfinden, wenn sie unseren **notwendigsten Bedürfnissen entspricht,** aber niemals mit den anderen Forderungen. Sie rauben uns jede Freiheit militärisch zu disponieren und machen uns zu Sklaven der Entente.

So wird uns vorgeschrieben, in welcher Weise das zukünftige Heer rekrutiert werden soll: nur durch Werbung mit zwölfjähriger, Offiziere mit fünfundzwanzigjähriger Verpflichtung. Die Zahl der jährlich ausscheidenden Offiziere und Mannschaften darf nur 5 v. Hundert betragen. Ist diese Grenze erreicht, so darf niemand mehr entlassen werden, auch Dienstunfähige, Lumpen und Verbrecher müssen beibehalten werden.

Auch die Gliederung der Armee wird uns genau vorgeschrieben. sie darf nur aus 7 Infanterie- und 3 Kavallerie-Divisionen bestehen, zu deren Zusammenfassung höchstens 2 General-Kommandos errichtet werden dürfen,

Eine Tabelle gibt ferner ganz genau an, aus welchen Einheiten jede Division bestehen darf und ist jede Aenderung verboten. Eine andere Tabelle setzt sogar die Kopfstärke der einzelnen Stäbe fest. Da ist z. B. angegeben, daß ein Infanterie-Regiment aus 3 Bataillonen zu je 3 Infanterie-Kompagnien und einer Maschinengewehr-Kompagnie zu bestehen hat, mit einer Höchstzahl von 70 Offizieren und 2300 Mann. Jede Aenderung soll auch hierbei ausgeschlossen sein. Bis in diese Einzelheiten wird uns die Organisation für ewige Zeiten vorgeschrieben.

Die Beschränkungen gehen aber noch weiter. Der Große Generalstab und andere ähnliche Formationen werden aufgelöst und dürfen in keiner Form mehr gebildet werden. Die Kriegsakademie, die Offizierschulen, Kadettenanstalten, Unteroffizierschulen etc. werden aufgehoben. Für jede Waffengattung darf nur eine Schule bestehen, deren Schülerzahl genau den Fehlstellen des Offizierkorps entsprechen muß. Es ist uns also unmöglich gemacht, die uns bewilligten 4 000 Offiziere so auszubilden, wie wir es für uns nötig halten. Die Ausbildung höherer Führer auf der Kriegsakademie ist uns gänzlich unmöglich gemacht.

Es sind hier nur einige Punkte des Friedensvertrages über unsere Wehrmacht herausgegriffen, um den Geist dieses famosen Vertrages zu kennzeichnen. Ganz gleiche, unglaublich beschränkende Bestimmungen betreffen die Bewaffnung und Ausrüstung des Heeres, die Anfertigung des Kriegsgeräts und der Munition, sowie der Anlage von Befestigungen. Die modernen Waffen: die Flugzeuge und die Tanks werden uns überhaupt gänzlich verboten und das Kaliber der Kanonen wird uns vorgeschrieben.

Das sind die militärischen Bedingungen; sie sind für Deutschland **unannehmbar und unausführbar.** Die Entente fabelt immer von Völkerbund, von Freiheit und Selbstbestimmungsrecht, aber sie führt durch diese militärischen Bedingungen eine Sklaverei ein, die schlimmer ist, wie die des Altertums.

Ist es nun aber jemals in der Geschichte der Völker vorgekommen, daß sich ein Volk freiwillig in die Sklaverei begeben hat? Niemals! — **Auch wir wollen niemals Sklaven werden! Wir wollen nicht freiwillig auf unsere Freiheit verzichten und deshalb können wir einen solchen Friedensvertrag unter keinen Umständen annehmen! Das ginge gegen die Ehre der deutschen Nation!**

Deutschland und der Völkerbund.

Die letzten Entschlüsse der Entente.

Versailles, 12. Juni.

Die diplomatische Lage wird von einem Kenner dahin zusammengefaßt: Deutschland soll zum Völkerbund zugelassen werden, sobald es 20 Milliarden seiner Schuld gedeckt hat. Die gesamte Schuld soll innerhalb drei Monaten festgesetzt werden. Es ist ferner beschlossen worden, daß die Beschränkung der wirtschaftlichen Tätigkeit Deutschlands aufhört und durch ein System von Gegenseitigkeit ersetzt wird, sobald Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden ist. Ein weiterer Beschluß besagt, daß die militärischen Bedingungen, die Deutschland im Friedensvertrag auferlegt werden, keine Ausnahmemaßnahmen sein sollen, die nur für eine bestimmte Zeit gelten, sondern daß sie eine besondere Anpassung an deutsche Verhältnisse sind, der sich auch die anderen Mächte unterwerfen werden, und die nur durch Bedingungen für die eigene innere Sicherheit begrenzt werden. Endlich wurde der Beschluß gefaßt, dem Völkerbund den Schutz der deutschen Minderheiten anzuvertrauen. Der Völkerbund wird die Pflicht haben, sich dafür zu verbürgen, daß die Rechte dieser Minderheiten besonders bezüglich des Unterrichts und der Religion gewahrt bleiben.

Amerika gegen die gerichtliche Verfolgung des Kaisers?

Nach dem „Maasbode" wird aus Paris gemeldet, daß man in Entente- vor allem aber in amerikanischen Kreisen immer mehr gegen eine gerichtliche Verfolgung des Kaisers gestimmt sei. Die einzige Furcht, die noch bestehe, sei die, er könne nach Deutschland zurückkehren und aufs neue den Thron besteigen.

•

Militärische Vollmachten für den 20. Juni?

Eine Reuter-Depesche meldet, daß dem Marschall Foch die militärischen Vollmachten für den 20. Juni, vormittags 10 Uhr, übertragen worden sind.

Das ist wieder eine versteckte Drohung, die sich würdig einer Meldung der „Times" anschließt, wonach bei Nichtunterzeichnung sofort der Einmarsch in Deutschland von Westen, Norden und Osten beginnen soll. Das Blatt phantasiert dann von einer entscheidenden Schlacht im Rhöngebirge. — Bei einem Einmarsch wird die Entente kaum irgendwelchen Widerstand finden, zu einer „Schlacht" wird sich ihr also nicht Gelegenheit bieten.

Das deutsche Weißbuch.

Dokumente über die Schuld am Kriege.

Das deutsche Weißbuch über die Verantwortlichkeit am Kriege, das jetzt veröffentlicht worden ist, erscheint just im rechten Augenblick, da die Schuldfrage offensichtlich von unseren Feinden wieder einmal in den Vordergrund der Debatte geschoben und natürlich zuungunsten Deutschlands beantwortet wird. Neu ist darin zunächst der kleine Ausschnitt aus dem feindlichen Bericht über die Schuldfrage. Er liest sich, man kann es nicht anders sagen, wie eine Karikatur auf jedes Untersuchungsverfahren, und man kann nun wohl begreifen, warum Herr Clemenceau sich standhaft geweigert hat, diesen Bericht, dessen sich jede Regierung innerlichst schämen muß, unsern Friedensdelegierten vorzulegen. Er ist in einer geradezu kindlichen Manier abgefaßt und wird, das kann man mit ruhigem Gewissen behaupten, selbst vor der anspruchslosesten geschichtlichen Nachprüfung nicht standhalten.

Die Drahtzieher.

Wertvoll in dem Weißbuch sind vor allem aber die neuen bisher unveröffentlichten Dokumente, aus denen u. a. unwiderlegbar hervorgeht, daß die russische Mobilisierung der deutschen vorangegangen ist, sowie daß die Behauptung der Feinde von einem Kronrat in Potsdam, der den Anstoß zum Kriege gegeben hätte, ins Reich der Fabel zu verweisen ist. Dann folgen eine große Reihe von Schriftstücken der russischen und serbischen Staatsmänner aus der Zeit von 1908 bis 1914, die geradezu von Beweisen dafür wimmeln, wie Serbien zunächst von Rußland, dann aber auch von Frankreich und England über die bosnische Krisis, den ersten und den zweiten Balkankrieg, hinweg immer und immer wieder in seiner anti-österreichischen Politik bestärkt, zum Aushalten und zur Vorbereitung auf die „gewaltigen Ereignisse", die zu erwarten seien, angespornt und mit den „Tagen eurer Freuden" vertröstet wurde. Schon im September 1911 sprach, um nur ein Beispiel zu erwähnen, der französische Botschafter Paul Cambon dem serbischen Gesandten Gruic gegenüber ganz offen von den französischen Rüstungen für einen in allernächster Zukunft ausbrechenden Krieg. Da die Rüstungen nicht vor 1914 vollendet sein würden, so sei man gezwungen, den Krieg bis zu diesem Termin aufzuschieben. Von der Bereitwilligkeit Englands, in diesem — nicht von Deutschland — geplanten Kriege mit Frankreich zusammenzugehen, berichtete derselbe Gruic bereits am 9. November 1911 an seine Regierung.

Schlußfolgerung.

Nachdem noch einmal der berühmt gewordene halbamtliche Alarmartikel des russischen Kriegsministers Suchomlinow aus dem März 1914 mit der Anfrage an Frankreich, ob er ebenso kriegsbereit sei, wie von dem Verfasser des Weißbuches in Erinnerung gebracht worden ist, schließt die Dokumentensammlung mit der Wiedergabe